

NEUE STUDIE: FAST 100 BREMER ABGEORDNETE HATTEN EINE NS-VERGANGENHEIT

Mit Persilschein ins Parlament



Die Bürgerschaft im Jahr 1963, als sie noch im Festsaal des Rathauses tagte. Von 112 Abgeordneten hatten damals 30 eine NS-Vergangenheit.

FOTO: FR

Der letzte Abgeordnete mit NS-Vergangenheit schied 1995 aus der Bürgerschaft aus. Fast 50 Jahre also, in denen das Parlament nach dem Krieg zum Teil mit Menschen besetzt war, die beim Hitler-Regime in irgendeiner Weise mitgetan haben. Eine neue Studie versammelt die Daten dazu und skizziert in Kurzbiografien den Werdegang der Abgeordneten.

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. 96. Auf den Punkt. So viele waren es, die in den Jahrzehnten nach dem Krieg als Abgeordnete mit NS-Vergangenheit in der Bürgerschaft saßen. Sie wechselten von der Diktatur, an der sie mitgewirkt hatten, mehr oder weniger schnell in die Demokratie und mischten auch dort wieder mit. Zum Teil nicht nur im Parlament, sondern auch in Regierungssämtern. Zu diesem Befund kommt eine Studie, die von der Bürgerschaft in Auftrag gegeben wurde und gestern Gegenstand einer Fachtagung war.

96 von 425, ein knappes Viertel also. Überprüft wurden alle Parlamentarier der Geburtsjahrgänge 1928 und älter. Bremen steht nicht allein damit, dass es viele ehemalige Nationalsozialisten waren, die sich wieder politisch betätigt haben. Ähnliche Ergebnisse hatte es zuvor bereits für die Landtage in Hessen und Niedersachsen gegeben.

„Die Parlamente lebten nach dem Krieg von der Illusion der Stunde null, doch die hat es in Deutschland nie gegeben“, sagt Konrad Elmshäuser. Der Leiter des Staatsarchivs macht kein Hehl daraus, kaum etwas davon gewusst zu haben, wie sehr die Bürgerschaft mit der NS-Vergangenheit verflochten war. Durch die Studie gebe es nun fundierte Erkenntnisse, eine Grundlage, auf der weiter diskutiert werden könne.

Geforscht und die Daten zusammengetragen hat der Historiker Karl-Ludwig Sommer. Er betont, mit seiner Arbeit nicht werten zu wollen: „Das steht mir nicht zu, ich sammle lediglich die Fakten.“ Aus den Kurzbiografien, die Sommer über die 96 Abgeordneten verfasst hat, darunter vier

Frauen, erschließt sich aber auch so, wie biegsam und wandelbar die politische Überzeugung sein kann und wie konstant das Streben nach Karriere. Trotzdem warnt der Wissenschaftler vor voreiligen Schlüssen: „Wir wollen die Leute ja nicht hinhängen.“ Sommer ist so vorsichtig, dass er von Menschen spricht, die „betroffen“ sind und nicht zwingend „belastet“.

Die Zahlen: 86 Abgeordnete der Nachkriegs-Bürgerschaft waren mal Mitglieder der NSDAP. 14 davon traten in die Partei ein, als Hitler noch nicht Reichskanzler war. Sie taten es aus Überzeugung, denn Vorteile versprach das noch nicht.

Anders nach der Machtübernahme, da waren es so viele, die eintreten wollten, dass die NSDAP ab dem 1. Mai 1933 vorerst niemanden mehr aufnahm. 13 spätere Bürgerschaftsabgeordnete hatten es vor dem Termin gerade noch geschafft. Im Volksmund gehörten sie zu den „Märzgefallenen“; ihnen wurde unterstellt, aus reinem Opportunismus zur Partei zu streben.

Das Gros trat ein, als es nach 1937 wieder möglich wurde. Die Jüngeren wohl aus Überzeugung, mutmaßt Karl-Ludwig Sommer – „beeinflusst von den Jugendorganisationen HJ und BDM, erschien ihnen der Wechsel in die Partei fast selbstverständlich“. Bei den meisten der älteren Neumitglieder könnten dagegen berufliche Überlegungen, nicht selten in Verbindung mit

äußerem Druck, den Ausschlag gegeben haben, meint der Historiker.

Wer von den Abgeordneten, die von dem Historiker als „betroffen“ identifiziert wurden, früher nicht in der NSDAP war, gehörte stattdessen zur SA oder SS oder hatte sich mit Macht, aber vergeblich, um Aufnahme in die Partei bemüht. Auch solche Fälle gab es.

Auf die Fraktionen in der Bürgerschaft verteilt, ergibt sich nach den Ergebnissen

„Eine Stunde null hat es in Deutschland nie gegeben.“

Konrad Elmshäuser, Leiter des Staatsarchivs

der Studie folgendes Bild: Die meisten Abgeordneten mit NS-Vergangenheit versammelten sich bei der CDU. Es waren 26, was in der Fraktion einem Anteil von 27 Prozent entsprach. Bei der SPD waren es 24 Betroffene und damit rund zwölf Prozent aller Abgeordneten der Partei. Die FDP hatte 21 solcher Parlamentarier in ihren Reihen, und das war dann über die Jahrzehnte gerechnet glatt die Hälfte der gesamten Fraktion. Hinzu kamen in der Bürgerschaft der



Konrad Elmshäuser (links) und Karl-Ludwig Sommer erläutern die Ergebnisse der Studie.

FOTO: KUHAUPT

Nachkriegszeit Gruppierungen wie die Deutsche Partei, die Sozialistische Reichspartei oder der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, auf die sich die restlichen Mandatsträger mit NS-Makel verteilten.

Sie alle hatten einen sogenannten Persilschein erhalten und waren als Mitläufer, Minderbelastete oder Entlastete eingestuft worden, obwohl sie während der NS-Zeit teilweise auf verantwortungsvollen Posten saßen. Doch was waren die Gründe für so eine schnelle Reinwaschung? „Die Bevölkerung hat die Entnazifizierung als Siegerjustiz wahrgenommen. Als deutsche Instanzen dafür zuständig wurden, gab es entsprechend milde Urteile“, erklärt Sommer. Darüber hinaus seien in den Fragebögen oft falsche Angaben gemacht worden. Bei einzelnen Abgeordneten flog das später auf, blieb aber ohne Folgen.

Es gibt den Fall eines Abgeordneten, der behauptet hatte, damals nur deswegen in die NSDAP eingetreten zu sein, um seinen Widerstand gegen die Nazis zu tarnen. Tatsächlich soll er sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hemmungslos opportunistisch verhalten haben, wie Zeugen aussagten.

Umgekehrt war ein späterer Abgeordneter der CDU, ein Bäckermeister, der es 1967 zum Präsidenten des deutschen Zentralverbands des Bäckerhandwerks brachte, zunächst in die Partei eingetreten, nach Hitlers Machtübernahme aber sofort wieder ausgetreten. Er hatte offenkundig auf mögliche Vorteile gepiffen.

Diese biografischen Details und das gesamte Zahlenwerk, das Karl-Ludwig Sommer zusammengetragen hat – für den Historiker ist damit der Grund gelegt, um weiter zu forschen. „Der wirklich spannende Punkt ist ja, wie die Abgeordneten mit NS-Vergangenheit in Bremen politisch gewirkt haben.“ Konrad Elmshäuser vom Staatsarchiv spricht in dem Zusammenhang von einem „erheblichen Bewertungsproblem“. Zunächst einmal ist er nach seinen Worten aber froh, dass die Untersuchung nichts zutage gefördert habe, das dramatische Hinweise auf frühere Nazi-Verbrechen von Abgeordneten gebe.



Erich Zander. Auch diese Aufnahme stammt aus dem Jahr 1955. FOTO: FR

Regierender Bürgermeister

Richard Duckwitz hatte während der Nazi-Zeit Karriere in der Verwaltung und im Senat gemacht. Von 1931 bis 1943 war er Präsident der bremischen Finanzbehörde, danach für ein Jahr Finanzsenator und schließlich, von Juni 1944 bis April 1945, kommissarischer Regierender Bürgermeister. Duckwitz war seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP und gehörte als Sturmführer ehrenhalber der Reiter-SA an. Nach dem Krieg wurde er 1951 für die Deutsche Partei in die Bürgerschaft gewählt. Bevor er 1963 aus dem Parlament ausschied, war er kurz Mitglied der CDU-Fraktion.

Duckwitz wurde im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestuft. Auf Initiative des Senators für politische Befreiung bekam er ein neues Verfahren und galt schließlich als „entlastet“. In parteiinternen Unterlagen der NSDAP wurde Duckwitz als verlässlicher Nationalsozialist bezeichnet, andere in der Partei bezeichneten ihn als Karrieristen.

Duckwitz selbst hatte eine völlig andere Sicht auf seine Rolle in der NS-Zeit. Der Eintritt in NSDAP und SA und die Tätigkeit in

der bremischen Verwaltung sei einzig und allein mit der Absicht geschehen, Schaden von seiner Heimatstadt Bremen abzuwenden. In den letzten Kriegswochen habe er ursprünglich vorgesehene Sprengungen von Hafenanlagen und Versorgungseinrichtungen verhindern können, nicht allerdings die von ihm angestrebte kampfbefreite Übergabe Bremens. Dass diese Darstellung den Ausschlag gab, Duckwitz als „entlastet“ einzustufen, hatte er unter anderem den Zeugnisaussagen von Theodor Spitta und Wilhelm Kaisen zu verdanken.



Richard Duckwitz auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1955. FOTO: OTTO LOHRISCH-ACHILLES

Senator und Gerichtsdirektor

Erich Zander, später Bürgerschaftsabgeordneter der CDU und Senator für Justiz, Verfassung und kirchliche Angelegenheiten, war von Mai 1933 an Mitglied der NSDAP. Er gehörte außerdem zur Marine-SA und zum NS-Rechtswahrerbund. Zander hatte Jura studiert und wurde im März 1937 zum Staatsanwalt am Landgericht Bremen berufen. Von November 1942 an war er auch als Richter tätig.

Mal als Ankläger, mal als Richter übernahm er zum Teil Verfahren des Sondergerichts Bremen. Die Instanz stand außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit und wurde von den Nationalsozialisten für politische Urteile genutzt. Selbst bei geringfügigen Delikten mussten die Angeklagten die Todesstrafe oder langjährige Zuchthausstrafen befürchten. Manche wurden ins Konzentrationslager gesteckt.

Nach dem Krieg wurde Zander als „Mitläufer“ entnazifiziert. Er ging dagegen an und wollte als „entlastet“ gelten. Als Staatsanwalt und Richter, so sein Argument, habe er sich streng an die gesetzlichen Vorgaben gehalten und deswegen wiederholt

Schwierigkeiten mit der Gestapo gehabt. In dienstlichen Beurteilungen des Landgerichts wurde Zander allerdings mehrfach eine „gut nationalsozialistische Gesinnung“ bescheinigt.

Trotzdem durfte der Jurist bereits ein Jahr nach Krieg in den Justizdienst zurück und brachte es innerhalb weniger Jahre zum Landgerichtsdirektor. Von 1955 an war er in der großen Koalition von Wilhelm Kaisen vier Jahre lang Senator. Danach ließ er sich in die Bürgerschaft wählen und war dort bis 1971 Vizepräsident.

Beim Kleider-Rausch im Roland-Center am Sonntag, 27. April, finden Frauen Second-Hand-Mode. Von Kleidung über Schuhe und Schmuck bis hin zu ausgefallenen Accessoires ist das Angebot an den über 150 Ständen weit gefächert. Zwischen 10 und 14 Uhr können die Besucherinnen nach Lust und Laune stöbern. Der Eintritt beträgt zwei Euro, für Männer ist er frei.

„LED, Halogen oder Energiesparlampe! Was ist gut und ersetzt die Glühbirne?“ lautet das Thema beim Bauraum-Talk mit der Energieberaterin Inse Ewen am Montag, 28. April. Sie spricht ab 18 Uhr im Ausstellungenszentrum Bauraum, Friedrich-Karl-Straße 96. Anmeldungen sind unter Telefon 52618951 möglich.

REDAKTION BREMEN
Telefon 0421/36713690
Fax 0421/36711006
Mail: lokales@weser-kurier.de

VOR 50 JAHREN

Miteinander



VON ERIKA THIES

Mut zum Experiment habe man bewiesen, als man der Jugend- und Bildungsfreizeitstätte nun auch eigene Räume für die Alten angegliedert habe, stellte Frau Senator Annemarie Mevissen gestern im ‚Kuhhirten‘ anlässlich der Einweihung der Altentagesstätte fest, die den Namen ‚Heuboden‘ tragen soll. Erst die Zukunft werde jedoch zeigen, ob sich diese Kombination bewähre... Frau Mevissen erinnerte an die Umfrage, wonach nur vier Prozent aller Bremer Bürger über 65 Jahre die 14 Altentagesstätten der Hansestadt kennen. Man habe deshalb die Notwendigkeit angezweifelt, im ‚Kuhhirten‘ zu bauen, dem als dritter Bauabschnitt auch noch ein Jugendhotel angegliedert werden soll. Die von dem Architekten Dr.-Ing. Max Säume erbaute Altentagesstätte bietet 150 Personen Platz... Das ‚Miteinander und Füreinander‘ müsse Leitwort der neuen Begegnungsstätte sein, betonte Karl-Heinz Jantzen, Bevollmächtigter der IG ‚Metall‘, als er den Neubau der Arbeiterwohlfahrt übergab... (25. April 1964)

„Als neue Direktorin des Gymnasiums an der Kleinen Helle wurde gestern Erika Opelt-Stoevesandt in ihr Amt eingeführt. Die Feierstunde machte zugleich den Beginn der Koedukation an dieser Schule sichtbar – in der Aula saßen die ersten 26 Schüler des Gymnasiums an der Kleinen Helle, in dem bisher nur Mädchen unterrichtet wurden... Als das geistige Erbe der Kleinen Helle, das es zu erhalten gelte, bezeichnete Oberstudiendirektorin Erika Opelt-Stoevesandt die Erkenntnis, daß nicht die Quantität, sondern die Qualität des Lernens entscheidend sei. Die künftige Arbeit in der Kleinen Helle solle nicht darin bestehen, daß hier ein starrer Lernapparat in Bewegung gesetzt werde, vielmehr solle der Schultag mit Fröhlichkeit beginnen und enden. ‚Lachsalven sind kein Zeichen für einen schlechten Unterricht...‘ (25. April 1964)

„Gestern wurde das Transparent mit dem Namen ‚Delacroix‘ über dem Portal der Kunsthalle wieder entfernt. Mit den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen werden heute von den Innenwänden dieses Bremer Musentempels die 589 Werke des französischen Romantikers, der als einer der Väter der modernen Malerei gilt, abgenommen, sorgfältig verpackt und zu den öffentlichen und privaten Leihgebern aus dem In- und Ausland auf die Reise geschickt. Rund 39600 Besucher aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus dem Ausland haben in den vergangenen 65 Tagen die Ausstellung besichtigt... Mit dem Publikumserfolg sieht sich die Kunsthalle in ihren Bemühungen belohnt, 100 Jahre nach seinem Tod auf das Lebenswerk von Eugène Delacroix umfassend aufmerksam zu machen... Der Wert aller gezeigten Delacroix-Bilder – und diese Summe gab die Museumsleitung aus verständlichen Gründen erst nach der Ausstellung bekannt – beläuft sich auf über 20 Millionen Mark...“ (28. April 1964)

STADTUMSCHAU

Zu einem Frühlingmarkt lädt die „Nahtstelle“, eine Näherwerkstatt der Inneren Mission, zu Sonnabend, 26. April, ein. Von 11 bis 18 Uhr verkaufen Ehrenamtliche Unikate, die sie aus Woll- und Stoffspenden hergestellt haben. Der Frühlingmarkt findet im Marienzimmer der Gemeinde Unser Lieben Frauen statt. Der Erlös geht an die sozialen Projekte der Inneren Mission.

Eine Führung über die Blocklanddeponie unter dem Titel „Wundersame Gesellschaften“ veranstaltet der Umweltbetrieb Bremen am Sonnabend, 26. April. Die Teilnehmer können die Blocklanddeponie als eine der artenreichsten Standorte in Bremen kennenlernen. Die Führung für Natur- und Pflanzenliebhaber leitet Josef Müller von der Universität Bremen. Treffpunkt ist um 10 Uhr am Fahrwiesendamm 100. Eine Anmeldung unter Telefon 36179000 ist erforderlich.